Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2,— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2,— für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 15.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen einzeschrieben.

8. April 1886.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Berichtigung.

In den Fonds-Quittungen in Nr. 14 muß es unter dem Diätenfond heißen:

Brüssel (Fr. 20 —) Mk. 16 —.

Der gute Lassalle und die böse Sozial-Demokratie.

Es ist ein alter Kunstkniff aller Derjenigen, welcher unserer Partei etwas am Zeuge flicken wollen, der bösen Sozialdemokratie von heute den guten Lassalle als leuchtenden Gegensatz gegenüberzustellen. Kein Wunder, daß auch Bismarck in einer seiner famosen Reden zum Sozialistengesetz wieder auf dieses Mittel verfallen ist, wie ja der „größte Staatsmann unseres Jahrhunderts" in seinen Reden nichts weniger als originell ist, sondern meist nach recht verbrauchten Mustern arbeitet.

Wir sind nun die Letzten, die in Abrede stellen, daß sich die Sozialdemokratie in den 22 Jahren seit dem Wirken Ferdinand Lassalle's weiter entwickelt hat, daß sie in wesentlichen Punkten nicht mehr auf streng lassalleanischem Boden steht, sondern betrachten es als einen Vorzug der Bewegung, daß dem so ist.

Wie die wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse, wie die wissenschaftliche Erkenntniß sich seit jener Zeit weiter entwickelt haben, so auch die Partei, die ihren Stolz darin sucht, Vertreterin des Fortschritts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu sein. Das zu bestreiten, wäre Thorheit, insbesondere Leuten gegenüber, von denen die Einen vom fundamentalen Prinzip unserer Bewegung auch nicht die blasse Ahnung haben, während den Andern es nur um einen Vorwand zu thun ist, irgend einen gegen uns geführten Schurkenstreich zu bemänteln. Was fragen die Bismarck, die Stöcker und tutti quanti nach theoretischen Grundsätzen? Mit solch' langweiligen Dingen geben sich so bewährte Praktiker nicht ab, sie „pfeifen" auf Alles, was Theorie heißt.

Aber wenn wir auch eine Weiterentwicklung unserer Partei seit Lassalle's Auftreten nicht in Abrede stellen, so fällt es uns doch nicht ein, es stillschweigend geschehen zu lassen, daß man den Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Gegensatz zu unserer Partei bringt, daß man ihm auf unsere Kosten ein Lob zollt, das sein Andenken nur kompromittiren könnte, und das daher Niemand mit größerer Energie zurückgewiesen haben würde als Lassalle selbst. Und darum halten wir es einmal an der Zeit, die Blase dieses kompromittirenden Lobes aufzustechen und den Gegnern das schmutzige Handwerk des moralischen Leichenraubes nach Kräften zu legen.

Was die heutige böse Sozialdemokratie angeblich so unvortheilhaft von Lassalle unterscheidet, ist ihre internationale Gesinnung, ihr revolutionärer Geist und — die neueste Entdeckung Bismarck's — die Vertheidigung des politischen Mordes.

Sehen wir zu, wie es in diesen Punkten mit ihr und mit Lassalle steht.

Lassalle soll national gewesen, mit Eifer für Deutschlands nationale Existenz eingetreten sein.

Vollkommen richtig. Niemand, der Lassalle's Schriften gelesen, wird das läugnen können. Indeß, dieser Nationalismus Lassalle's trägt einen ganz bestimmten Charakter. Er tritt immer nur als Gegensatz zur deutschen Kleinstaaterei, zum Partikularismus und Föderalismus auf. Wir mögen welche Schrift Lassalle's immer aufschlagen, nie werden wir die nationale Idee in anderem Sinn entwickelt finden. Der nationale Einheitsstaat ist für Lassalle — und er ist darin ein Anhänger Fichte's — die historische Etappe zum zukünftigen „Weltreich des Rechts", zum „Reich, gegründet auf Gleichheit alles Dessen, was Menschenantlitz trägt". „Aber abgesehen von alledem", ruft er im Julian Schmidt aus, „seit wann sind denn Vaterlandsliebe und weltbürgerliches Streben Gegentheile? Für gewisse Zeitungsschreiber — mag sein. Aber seit wann auch für die Philosophen? („Herr Julian Schmidt" S. 37.)

Und wenn Lassalle zu einer Zeit, wo unter dem Einfluß des italienischen Krieges die Frage der nationalen Einigung Deutschlands eine brennende geworden war, mit besonderer Energie für dieselbe eintrat, so unterscheidet er sich darin nur in gewissen Voraussetzungen, nicht in der Sache von denjenigen Sozialisten, die man so gerne als vaterlandslos verschreit.

„Wenn ich etwas in meinem Leben gehaßt habe, ist es die kleindeutsche Partei. Alles Kleindeutsche ist Gothaerei und Gagerei (von Gagern) und reine Feigheit. Vor 1½ Jahren hielt ich hier einmal bei mir eine Versammlung meiner Freunde ab, worin ich die Sache so formulirte: Wir müssen alle wollen: Großdeutschland moins les dynasties (ohne die Dynastien)!" (Brief an Rodbertus vom 2. Mai 1863.)

„Heute wie damals endlich hätte ich Ihnen noch sagen müssen, daß eine Partei, welche sich durch ihr Dogma von der „preußischen Spitze" zwingt, in der preußischen Regierung den berufenen Messias für die deutsche Wiedergeburt zu sehen, ... schon hierdurch allein sich jedes Anspruchs begibt, den deutschen Arbeiterstand zu repräsentiren; denn eine solche Partei legt sich hierdurch allein schon eine Versunkenheit in Illusion, Selbstüberhebung und sich in bloßer Wortberauschung befriedigende Selbstüberschätzung an den Tag, welche jede Hoffnung, von ihr eine reelle Entwicklung der Freiheit des deutschen Volkes zu erwarten, beseitigen muß." (Offenes Antwortschreiben, 5. Aufl. S. 6.)

„Für uns ist der Gedanke, die Frankfurter Reichsverfassung wieder herzustellen, nichts Anderes als eine reaktionäre Utopie. Für uns war die Frankfurter Reichsverfassung schon 1849, als sie erlassen wurde, nichts anderes als der letzte Beweis für die Impotenz des Föderalismus. Eine deutsche Einheit, eine einheitliche souveräne Zentralgewalt mit der Beibehaltung von 34 verschiedenen Sondersouveränetäten, — das ist der Widerspruch in sich selbst, das ist so wenig möglich, als daß ein schwarzer Rock weiß sei." („Die Feste, die Presse" 2c. S. 22.)

Der Mann, der das Alles sprach, hätte mit seiner ganzen Vergangenheit brechen, sich selbst mit der Faust ins Gesicht schlagen müssen, wenn er nicht heute, dem preußisch-deutschen Reich mit seiner, die Frankfurter Reichsverfassung noch karrikirenden Verfassung, einem Reiche gegenüber, dessen Kanzler es wagen darf, der Volksvertretung mit einem Komplott der Fürsten, voran den preußischen Spitzenträger, zu drohen, wenn er nicht diesem niederträchtig verkrüppelten Reich gegenüber zu den schroffsten Reichsfeinden gehörte!

National in dem Sinne, daß mit dem partikularistischen Trödel aufgeräumt werde, national im Sinne des Gegensatzes zur kleinbürgerlichen Lokalbornirtheit, national im Sinne der Schaffung eines freien deutschen Reiches ist die Sozialdemokratie heute noch. Unsere internationale Gesinnung schließt das Wirken im nationalen Rahmen keineswegs aus. Wir sind uns dessen wohlbewußt, daß die nationalen Eigenthümlichkeiten nicht wegphantasirt, die Nationen nicht über Nacht amalgamirt, in einander verschmolzen werden können; wir streben zunächst den Bund der Völker an, indem wir die internationale Solidarität der arbeitenden Klassen proklamiren; was darüber hinausgeht, ist Sache späterer Entwicklung. Wir sind international, weil die moderne Entwicklung überhaupt zur Internationalität drängt, weil die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen international, die Interessen der Arbeiter aller Länder die gleichen, solidarisch sind. Wir sind international, weil wir Gegner aller Kriege, aller Völkerverhetzungen sind, die nur den herrschenden Klassen zu Gute kommen. Und diese Internationalität ist die nothwendige Folge unserer sozialdemokratischen Gesinnung, sie macht uns zu grundsätzlichen Gegnern des Bismarck'schen Reiches, dieser Mißgeburt, die 15 Jahre nach ihrem In die Welt Treten weder leben noch sterben kann, und die bei dem „nationalen" Lassalle keineswegs besser wegkommt als bei der „vaterlandslosen" Sozialdemokratie.

Kommen wir zur revolutionären Sozialdemokratie.

Wir verzichten darauf, das Wort „revolutionär" in seiner weiteren, wissenschaftlichen Bedeutung zu nehmen, denn Lassalle hat sich in diesem Sinne so oft für die soziale Revolution erklärt, daß hierüber gar kein Streit möglich ist. Wovon wir hier zu sprechen haben, ist die uns vorgeworfene Tendenz zur Revolution im engeren politischen Sinn, zur gewaltsamen Umwälzung.

Wie steht es also in dieser Beziehung mit Lassalle?

„Ich habe in meinem Leben kein Wort geschrieben, das der kleindeutschen Partei zu Gute käme, betrachte sie als das Produkt der bloßen Furcht vor: Ernst, Krieg, Revolution, Republik, und als ein gutes Stück Nationalverrath." (Brief an Rodbertus vom 2. Mai 1863.)

„Ich finde es zwar sehr ungeschickt von Herrn v. Bennigsen, daß er uns beständig, auch jetzt noch, daran erinnert, daß er und seine Partei keine Revolution wollen! Da er uns aber nun ohne Unterlaß daran erinnert, nun wohl, so wollen wir ihm diesen Gefallen thun! Erheben wir also unsere Arme und verpflichten wir uns, wenn jemals dieser Umschwung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, käme, es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblicke erklärt haben: sie wollen keine Revolution." („Die Feste, die Presse" 2c. Seite 30.)

In dem, dieser Stelle vorhergehenden Zitat aus einer Bennigsen'schen Rede wird ausdrücklich von revolutionärer Umwälzung im Gegensatz zu Reform gesprochen, so daß ein Mißverständniß hier nicht möglich ist.

Selbst wenn also unsere Partei erklärte, sie wolle die gewaltsame Revolution, würde sie damit in keinerlei grundsätzlichen Gegensatz zu Lassalle treten.

Was nun schließlich den politischen Mord anbetrifft, so war es, wie gesagt, Bismarck, der Lassalle gegen unsere Partei auszuspielen suchte. Er hatte in seiner demagogischen Manier Bebel das Wort im Munde herumgedreht und aus einer Vertheidigung der russischen Revolutionäre eine Empfehlung der von diesen befolgten Taktik für Jeden, dem die deutschen Verhältnisse nach eigener Beurtheilung unerträglich erscheinen, gemacht. Und da Bebel, obwohl in ganz anderer Verbindung, von Lassalle gesprochen, fuhr er fort:

„Ich glaube, noch Niemand hat Lassalle beschuldigt, daß er ein Mörder wäre und den Mord gepredigt hätte. Ich glaube, er würde die Herren, die sich dabei auf ihn berufen, auf's Schärfste verurtheilen. Ob Marx Mörder züchtete (wörtlich!), weiß ich nicht."

Folgt die Insinuation, daß der unglückliche Blind, welcher Bismarck angeschossen, ein Zögling von Marx war (daher der Haß!) und ähnliches dumme Zeug mehr.

Schade, daß Bismarck, ehe er das sagte, nicht seinen Bucher zu Rathe zog. Der hätte ihm vielleicht darüber Aufklärung ertheilt, wie Lassalle über den politischen Mord dachte. Bekanntlich hat auch Deutschland seine Epoche gehabt, die mit der des heutigen Rußlands viel Aehnlichkeit aufweist — die Zeit nach den sogenannten Freiheitskriegen. Und da hatte es auch sein Attentat: die Ermordung Kotzebue's durch Sand. Wir schlagen nun den „Julian Schmidt" von Ferdinand Lassalle auf, eine Streitschrift, an der Lothar Bucher seinerzeit mitgearbeitet, und da finden wir auf S. 54 folgende Stelle aus Schmidt's „Geschichte der deutschen Literatur" abgedruckt:

„Man hat die vom König von Preußen persönlich verfügte Absetzung des Professors De Wette, der in einem Brief an Sand's Mutter Entschuldigungsgründe für den Meuchelmord aufgesucht, sehr heftig angegriffen; aber wie uns auch das Denunziationssystem, das diesen Akt veranlaßt, anekelt, so lag dem Abscheu vor der sophistischen Beschönigung eines Verbrechens doch ein richtiges Gefühl zu Grunde; denn das ist der Fluch unserer neueren Entwicklung, daß wir den natürlichen Maßstab des Gewissens verloren und uns gewöhnt haben, die einfachsten Verhältnisse vom „höheren Standpunkte" zu betrachten, um nach Belieben damit umspringen zu können."

Lassalle hat diesen Satz ohne Kommentar gelassen — offenbar, weil er ihn für so gravirend hielt, daß er grade in seiner Nacktheit vernichtend für seinen Urheber wirken mußte. Warum, zeigt ein Blick auf die oben gesperrten Stellen, die auch bei Lassalle im Druck hervorgehoben sind.

Wir haben also hier einen Maßstab dafür, wen Lassalle „auf's Schärfste verurtheilt" haben würde — die Geistesverwandten des Herrn Julian Schmidt oder die „Herren, welche die Mordthaten der Nihilisten" aus den Verhältnissen Rußlands erklären.

So, und nun mögen unsere Gegner entscheiden, ob sie noch fürderhin den guten Lassalle für sich reklamiren wollen oder ihn der bösen Sozialdemokratie überlassen.

Verstaatlichung und Sozialismus.

Wir erhalten von befreundeter Seite die nachstehende Zuschrift, die wir bei der Wichtigkeit des darin erörterten Gegenstandes gern zum Abdruck bringen. Unsere Einwände gegen die Ausführungen des geehrten Einsenders werden wir in nächster Nummer in einem besonderen Artikel des Näheren ausführen.

* * *

Da Ihr geschätztes Blatt gewiß auch in der Schweiz viel gelesen wird, so erlauben Sie einem schweizerischen Gesinnungsgenossen, welcher der deutschen Sozialdemokratie in ihrem so mühevoll, aber auch so glänzend geführten Kampf gegen den monarchisch-kapitalistischen Ausbeuterstaat von ganzem Herzen besten Erfolg wünscht, einige Gegenbemerkungen gegen Ihren Leitartikel in der Nummer vom 18. März über „Staatssozialismus".

Wenn dort behauptet wird, der Staatssozialismus, insbesondere die Verstaatlichung einzelner Gebiete des wirthschaftlichen Lebens, sei in keiner Weise „sozialistisch" zu nennen, da es im ausbeuterischen Klassenstaat dabei stets nur um ausbeuterischen Staatsbetrieb sich handle, so, scheint mir, kommt es darauf an, wie man den Ausdruck „sozialistisch" faßt, ob in einem engereren oder in einem weiteren Sinn. Auch ist die Annahme, daß der heutige Staat, wo er wirthschaftliche Thätigkeiten in seine Hand nimmt, nur ausbeuterisch gegenüber den Arbeitern verfahren werde, gewiß sehr wohl gerechtfertigt durch alle bisherige Erfahrung, allein nothwendig ist sie, meines Erachtens, denn doch nicht.

Um diesen letzteren Punkt, als den für meine Einwendungen weniger wesentlichen, zuerst abzuthun, weise ich nur darauf hin, daß ein Staatsbetrieb, betreffe er Produktion oder Handel oder Transport, sich immerhin denken läßt, bei welchem der volle Ertrag den betreffenden Arbeitern zu gute käme, sei es nun, daß der Staat überhaupt auf jeden Unternehmergewinn verzichtet, sei es, daß er denselben ganz wieder, in irgend welcher Form, auf die Arbeiter vertheilt. Die Sache läßt sich übrigens auch so noch von zwei Seiten betrachten, je nachdem man die in jenem Betrieb angestellten Arbeiter allein oder die ganze kapitallose Arbeiterschaft des betreffenden Landes ins Auge faßt. Wenn die ersteren den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten, wobei der Staat auch auf die Verzinsung seines im Betriebe steckenden Kapitals verzichten und nur den Unterhalt der Arbeitsmittel berücksichtigen müßte, so kann man zwar nicht mehr von Ausbeutung diesen Arbeitern gegenüber sprechen; allein selbstverständlich hätten alle anderen Arbeiter nichts davon. Vielmehr müßten sie, als Mitkonsumenten gegenüber der verstaatlichten Wirthschaftsthätigkeit, zu der besseren Stellung jener das Ihrige beitragen. Wir hätten also, vorausgesetzt daß dann auch die Preise gegenüber den Konsumenten nicht niedriger, eher höher gestellt würden als vor der Verstaatlichung, nur eine bevorzugte Arbeitergruppe, als welche in der That schon jetzt — auch ohne Anweisung des vollen Ertrages der Arbeit — manche Staatsarbeiterkörper, verhältnißmäßig, angesehen werden können.

Es läßt sich demnach eine Verstaatlichung echt sozialistischer Art, auch im engeren Sinn dieses Wortes, denken, welcher zur Vollkommenheit einzig noch die sozialistisch organisirte Gesellschaft, d. h. die Verstaatlichung oder Vergesellschaftlichung — wie man sagt, ist gleich, wie ganz richtig in dem Artikel, dem die Bemerkungen gelten, gesagt wird — aller wirthschaftlichen Thätigkeit, mit der erst dann ausführbaren Gesammtorganisation fehlt.

Nun geben wir freilich sofort zu, daß eine Verstaatlichung, wie die geschilderte, im heutigen Staat etwas sehr Unwahrscheinliches ist, es wäre denn, die Herrschenden entschlössen sich aus irgend einem Grunde zu einem einzelnen, und deshalb allerdings unvollkommenen, sozialistischen Experiment von oben herab. Dagegen ist eine andere Verstaatlichung, wenigstens in der Schweiz, nicht so unwahrscheinlich: nämlich eine solche, bei welcher der ganze Ertrag der verstaatlichten wirthschaftlichen Thätigkeit ausschließlich für den Arbeiterstand als solchen in irgend einer Weise verwendet würde. Abgesehen davon, daß der Staat seine Arbeiter immerhin besser bezahlen könnte, als ein Privatunternehmer sie bezahlen wird, bliebe prinzipiell die Ausbeutung, d. h. die Entziehung eines Theiles des vollen Arbeitslohnes, welcher in dem geschaffenen Werthe nach einigen nothwendigen Abzügen für Arbeitsmittelunterhalt u. dgl. besteht, den beschäftigten Arbeitern gegenüber allerdings unabgeschafft. Man könnte das also wirklich keine im engeren Sinn des Wortes „sozialistische" Verstaatlichung nennen. Dennoch halten wir dafür, daß auch eine solche Verstaatlichung von den Arbeitern nicht zu hintertreiben, sondern immerhin als eine Abschlagszahlung anzunehmen wäre, wenn nicht starke taktische Gründe dagegen sprechen, mit denen ich es hier nicht zu thun habe.

Im weiteren Sinne des Wortes nämlich ist doch auch diese Verstaatlichung, trotz der dabei nicht aufgehobenen Ausbeutung der Arbeiter „sozialistisch".

Der prinzipielle Gegensatz gegen den Sozialismus ist der Individualismus. Diese zwei Prinzipien sind es im Grunde, welche in der Neuzeit ihren Entscheidungskampf gegen einander kämpfen. Noch herrscht der Individualismus in der Hauptsache; aber schon lange, ja immer hat er gewisse Konzessionen an den Sozialismus machen müssen. Heute nun reift die Zeit der Herrschaft des Sozialismus heran, welcher dann seinerseits dem Individualismus auch wieder gewisse Gebiete wird überlassen müssen, wenn er dauernd und gesichert die Grundlage der neuen Gesellschaft bilden will. Denn beide Prinzipien haben ihre Berechtigung in der menschlichen Natur; es mußte der Individualismus die erste Stufe bilden, und er muß sich ausleben, bevor die höhere Stufe des Sozialismus von der Menschheit erstiegen und für die Zukunft behauptet werden kann.

Wir können diesen Uebergang wohl erleichtern und beschleunigen, hauptsächlich durch Verbreitung und Stärkung sozialistischer Gesinnung und Denkweise; aber wo er vor der Zeit, d. h. bevor die Menschen innerlich dazu genügend vorbereitet sind, künstlich und gewaltsam herbeigeführt werden wollte — an solchen Versuchen hat es ja nie gefehlt, und ihr bestimmter Werth für die Zukunft wird von mir nicht bestritten — wird er nur zu vorübergehenden unsoliden Probezuständen führen, nie aber zum entscheidenden, endgiltigen Siege der sozialistischen Idee werden.

Doch das nur beiläufig.

Besehen wir uns nun die beiden Prinzipien nach ihrem Wesen! Der Individualismus geht aus von der größtmöglichen Freiheit des Individuums, des Einzelnen. Der Staat ist ihm nur zum Schutz dieser Freiheit da; er soll nur dafür sorgen, daß Jeder, wie und wo er auf die Welt komme, sich auf seinem Staatsgebiet möglichst frei bewegen kann.

Das ist denn auch das Ideal der Liberalen. Daß dabei der menschenunwürdigste Kampf Aller gegen Alle herrschen muß, in welchem der Starke den Schwachen rücksichtslos unter sich tritt und schließlich wenige Stärkste sich zu den Herren aller Anderen machen, das kümmert den individualistischen Staat nicht. Er findet das natürlich und recht, und feuert noch zum Kampfe an, indem er wesentlich die Eigenschaften und Fähigkeiten des Menschen als Tugenden schätzt und belohnt, welche am meisten zur Besiegung und Unterwerfung der Mitmenschen geeignet sind. Wer sich am höchsten hinaufarbeitet in diesem häßlichen Kampfgewühl, d. h. wer die meisten Mitmenschen unter sich kriegt, zu schädigen oder auch in den Staub zu treten weiß, der erhält von der individualistischen Gesellschaft die Bürgerkrone. So wenigstens auf dem wirthschaftlichen Gebiete.

Doch der Individualismus hat seine Konzessionen an das sozialistische Prinzip schon lange machen müssen. Eine solche Konzession ist es beispielsweise, wenn der heutige Staat die Kräfte des Bürgers, welche er seinem Prinzipe nach dem schonungslosen Kampf ums Dasein überlassen müßte, wenigstens etwas auszugleichen sucht, indem er auch den Aermeren eine gute Schulbildung zugänglich macht, auch etwa für unentgeltliche Fachschulen sorgt u. s. w. Streng individualistisch wäre es, auch hier zu sagen: „Sehe Jeder, wie und wo er sich Bildung, geistige Waffen verschaffe! Wir lassen Jedem dazu die volle Freiheit; vermag er sie nicht zu benutzen, so geht das uns nichts an. Wir dürfen nicht eingreifen. Laissez faire, laissez aller."

Dem Individualismus sind eben die Menschen nur Einzelwesen, welche für sich selber sehen mögen, wie sie können. Jeder steht ihm für sich da, und seine Einzelmachtsphäre ist, soweit immer möglich, unbedingt zu respektiren. Nur da werden ihr vom Staat prinzipiell Schranken gesetzt, wo das Individuum gewisse, als unerlaubt geltende Mittel, wie physische Gewalt, absichtliche Täuschung u. s. w. gegen die Anderen in Anwendung bringen wollte. Die ganze heutige Gesetzgebung, einzelne Konzessionen an den Sozialismus abgerechnet, gilt dem Schutze dieser individuellen Freiheit, und eben darum ist sie eine Gesetzgebung zu Gunsten der Starken, zu Ungunsten der Schwachen. Gerecht wäre das individualistische Prinzip in der Gesetzgebung erst dann, wenn für wirklich gleiche Kampfbedingungen für Alle gesorgt wäre, was keineswegs der Fall ist, auch abgesehen von der natürlichen Ungleichheit der Menschen. Aber auch dann noch müßte es dem Sozialismus gegenüber als das schlechtere Prinzip erscheinen, weil die Höhe des Menschenthums nicht im Kampf Aller gegen Alle liegen kann, sondern in der Hingebung Aller an Alle liegt.

Diese nun nimmt der Sozialismus zur Grundlage seines sozialen und politischen Systems. Er geht von der Gemeinschaft aus und ist das Prinzip der menschlichen Vereinigung. Der Einzelne gilt ihm nicht als Selbstzweck; sein Ziel ist das vollkommene Menschenthum, die Humanität im höchsten Sinne des Wortes. Er meint nicht, wie das die individualistisch gesinnte Wissenschaft schon behauptet hat, die Masse der Menschen sei nur dazu da, um einzelnen Individuen zur höchsten Entwicklung zu verhelfen, zur „Züchtung von Genies", wie man das auch etwa ausdrückt, sondern er hat die Menschheit, die menschliche Gesellschaft, im Auge, welcher er diejenigen Bedingungen verschaffen will, die zur umfassendsten und intensivsten Entwicklung des Menschenthums als solchen die günstigsten sind. Er verkennt zwar keineswegs die Wahrheit der Naturgesetze, daß von einer Menge schwächerer Keime und Gestaltungen nur die stärksten zur vollkommenen Entwicklung kommen können, und daß diese Stärksten, indem sie diese gewonnenen Eigenschaften auf ihre Nachkommen vererben (im Großen betrachtet), das Menschengeschlecht verbessern. Allein er will diesem Naturgesetz gegenüber sich nicht blos passiv verhalten und den Kampf ums Dasein in seiner rohesten Form blind gewähren lassen, sondern er will durch gleiche Fürsorge für Alle dafür sorgen, soweit das menschenmöglich ist, daß kein zu Höherem angelegter Keim künstlich, durch in der Macht der Menschen liegende Umstände erstickt oder verkümmert werde. Er schafft, innerhalb der menschlichen Möglichkeit, erst die denkbar besten, weil für Alle günstigen Bedingungen, daß die berechtigte individuelle Entwicklung zur Vervollkommnung des Menschengeschlechtes ungehemmt und möglichst reich und kräftig vor sich gehen kann.

Was jetzt, im rohen Daseinskampfe, nur Wenige erreichen können an menschlicher Vollkommenheit, dazu soll Vielen, ja, von den menschlichen Einrichtungen aus, die freilich nicht Alles machen können, Allen die Bahn eröffnet werden. Dabei wird zugleich verhindert, daß der Weg zur individuellen Vervollkommnung über die leibliche und geistige Schädigung und Unterdrückung der Mitmenschen gehen muß. Wo Allen die möglichst vernünftigen Lebensverhältnisse gesichert sind, da ist kein Streit mehr um diese nothwendigen Vorbedingungen zur geistigen und körperlichen Vollentwicklung nöthig. Jeder vermag, ohne die Andern dafür unter sich treten zu müssen, das ihm erreichbare Maß der Vollkommenheit durch seine Arbeit an sich selber zu erreichen.

Doch was hat hiermit die Verstaatlichung zu thun?

Wir haben gesehen, daß der Sozialismus das Prinzip der Gemeinschaft, der Solidarität aller Menschen ist. Wo nun der Staat, auch der heutige Staat, irgendwelche Gebiete der menschlichen Thätigkeit der Machtsphäre der getrennten Einzelnen entzieht und sie selber, als Staat, für Alle in seine Hände nimmt, da macht er sie zur Sache der Gemeinschaft, der Gesammtheit, welche dann für die Bedürfnisse aller Einzelnen auf diesem Gebiete sorgt. Der Staat ist nun einmal die Gemeinschaft des Volkes, wenn er auch, rechtlich oder auch nur faktisch, verschiedene berechtigte Klassen kennt (was denn doch niemals alle Gebiete des Lebens umfaßt), und auch abgesehen von seiner Regierungsform, die — freilich hier mehr, dort weniger — im Grunde doch immer die Gemeinschaft der Bürger zum Ausdruck bringt. Das Gesetz ist doch immer für alle Bürger da; daran, als gewollter Norm, ändert keine noch so schlimme Praxis, ja ändern sogar einzelne Ausnahmegesetze nichts.

Die Ausbeutung und die Nichtausbeutung nun gehören nicht zu den Begriffen „Individualismus" und „Sozialismus", wie wir sie untersucht und erklärt haben; sie sind nur Folgen der Anwendung dieser Prinzipien im Allgemeinen. Die Verstaatlichung, resp. Vergesellschaftlichung irgend welcher Gebiete der wirthschaftlichen Thätigkeit ist also an sich echt sozialistisch; wird sie auch wieder, wie die freie Privatthätigkeit, zur Ausbeutung der Arbeiter benutzt, so wird diese an sich sozialistische Maßregel einfach individualistisch angewendet. Der Staat hat sich dann wohl zur Versozialisirung eines gewissen Arbeitsgebietes entschließen, es aber nicht über sich bringen können, nun auch weiter nach sozialistischem Prinzip zu verfahren und eine wirkliche sozialistische Arbeitsgruppe zu bilden. Immerhin beutet der Staat hier die Arbeit doch zunächst für sich, für die Gesammtheit, die bürgerliche Gemeinschaft, aus. Wenn er überhaupt einzelne Klassen bei Verwendung der Staatsmittel bevorzugt, so hat das mit der betreffenden Verstaatlichung nicht anders zu schaffen, als daß auch sein Ausbeutergewinn aus diesem Staatsbetrieb in dieser ungerechten Weise mit verwendet wird. Diese Klassenbevorzugung, wie auch alle Geschenke, welche der Staat einzelnen Ständen auf Kosten der anderen macht, hat mit dem Individualismus oder dem Sozialismus nichts zu schaffen; sie ist einfach eine Folge der Klassenherrschaft als solcher. Diese ist allerdings aus der individualistischen Gesellschaft hervorgegangen, aber selber nicht individualistischer, überhaupt nicht prinzipieller, es sei denn staatsrechtlich prinzipieller, Natur. Sie ist heutzutage überall in Europa (Rußland ausgenommen) mehr hingenommene und wohl auch gesetzlich beförderte Thatsache, als anerkanntes Prinzip.

Prinzip und Konsequenzen müssen aber unterschieden werden, wenn man einen Gedanken auf seine prinzipielle Natur prüfen will, wie wir das der Verstaatlichung als solcher gegenüber nun gethan haben.

So berechtigt also eine Zurückweisung der Bezeichnung „sozialistisch" für eine Verstaatlichung, welche zu einem ausbeuterischen Staatsbetrieb führen soll, sein mag, das Wort „sozialistisch" in dem Sinne eines Programmpunktes der sozialdemokratischen Partei genommen, so wenig wird dem Verstaatlichungsgedanken an sich die prinzipiell sozialistische Natur abgesprochen werden können; diese Natur aber behält dieser Gedanke immer und überall, dem Klassenstaat wie einem sozialdemokratischen Staatswesen gegenüber. Darum muß auch heute schon jeder einzelne Verstaatlichungsvorschlag von uns geprüft werden, ob derselbe einfach die Staatsausbeutung an die Stelle der Ausbeutung durch das Privatkapital treten lassen wird, oder ob Aussicht auf eine — wie wir oben gesehen haben, immerhin auch heute schon mögliche — nicht ausbeuterisch gestaltete Ausführung des betreffenden Vorschlags vorhanden sei. Und ferner darf und soll meines Erachtens auch das Maß der zu erwartenden Ausbeutung ins Auge gefaßt und gegen den Fortschritt, der prinzipiell in der Verstaatlichung, als Aufhebung des individualistischen „freien Spiels der Kräfte" liegt, für unsere Bestrebungen liegt, abgewogen werden. Ist der Fortschritt in sozialistischem Sinne nicht durch eine zu erwartende stärkere Ausbeutung, als sie beim Privatbetriebe stattfindet, unannehmbar gemacht, so können nur triftige Gründe der momentanen Parteitaktik, von denen ich nicht zu sprechen habe, eine Verwerfung des Verstaatlichungsvorschlags rechtfertigen.

Im Allgemeinen dürfte die Staatsausbeutung der Privatausbeutung vorzuziehen sein. Findet man, die Klassenherrschaft werde durch die Staatsausbeutung mächtiger gemacht, so ist auf der anderen Seite, auf Seite der Arbeiter, doch der Vortheil der erleichterten Organisation, der engere Zusammenschluß gegenüber dem einen großen Arbeitgeber wohl auch nicht zu verachten. Dieser Vortheil würde um so größer, je mehr wirthschaftliche Gebiete verstaatlicht würden. —

Mit der hier behandelten Frage nach der sozialistischen Natur des Verstaatlichungsgedankens findet auch die Frage, ob der sog. Staatssozialismus „sozialistisch" sei, ihre Erledigung.

Auch der heutige Klassenstaat hat, wie wir gesehen haben, dem Sozialismus bereits vielfache Konzessionen gemacht, und er wird diesem Prinzip immer mehr entgegenzukommen haben. Ist es darum auch nicht Endzweck der Sozialdemokratie, den Klassenstaat zu sozialistischen Maßregeln in seiner Weise, d. h. mit möglichster Wahrung des ihm zu Grunde liegenden Prinzipes, zu bringen, so arbeitet der Staatssozialismus denn doch, als Sozialismus und soweit er Sozialismus ist, den sozialdemokratischen Bestrebungen in die Hände. Es zeugt das nur von der nicht mehr zu leugnenden Berechtigung der sozialistischen Idee, die auch die Gegner zwingt, ihr wenigstens theilweise zu huldigen. Dank können die Herren Staatssozialisten nicht beanspruchen, da sie nur thun, wozu der Zeitgeist sie zwingt. Immerhin sind sie die Vernünftigeren unter den Herrschenden, da sie, allerdings auf ihre Weise, dem Sozialismus gerecht zu werden suchen. Weil sie aber denn doch auf vorwiegend individualistischer und zudem auf politisch autoritärer Grundlage stehen bleiben, so begründet die Annahme ihrer Konzessionen, nach meiner Auffassung, keine Verbindlichkeit auf grundsätzlich sozialistisch-demokratischer Seite.

-k.

Eine Frage an Erzellenz Puttkamer.

„Das Gesetz ist ein Gesetz für die Arbeiter, nicht gegen die Arbeiter; wir wollen, daß das Urtheil der Arbeiter nicht getrübt werde durch die Agitation von Leuten, die meist kein anderes Interesse haben, als sich an den Streikkassen zu mästen" — sagte Exzellenz Puttkamer in der Reichstagssitzung vom 30. März zur Begründung der Verlängerung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie.

Noblesse oblige, Herr von Puttkamer. Ihre zarte Rücksicht für das Urtheil der Arbeiter rührt uns, und bieten wir Ihnen die Hand zu einem Versuch, dem abstoßenden Beispiel der sich an den Streikkassen mästenden Umsturzagitatoren das erhebende Beispiel eines an der Staatskasse, dem Steuersäckel des Volks, tugendhaft darbenden Staatsretters gegenüberzustellen.

Wir schlagen den Etat des preußischen Staats für das Jahr 1885/86 nach. Da finden wir unter Nr. 15 folgenden Posten:

„Der Vizepräsident des Staatsministeriums	36,000 Mark
An Miethsentschädigung (letztere bis zur Beschaffung einer freien Dienstwohnung)	9,000 „
	45,000 Mark

Und unter Nr. 28, Etat für das Ministerium des Innern finden wir folgenden Posten:

Der Minister	36,000 Mark
(Außerdem freie Wohnung.)	

Einem unverbürgten Gerücht zufolge sollen nun der Vizepräsident des Staatsministeriums und der Minister des Innern in diesem Etatsjahre eine und dieselbe Person gewesen sein, soll ein und derselbe Herr nicht nur zweimal 36,000 Mark eingestrichen, sondern auch, obwohl er als Minister des Innern freie Wohnung hat, als Vizepräsident des Staatsministeriums 9000 Mk. Miethsentschädigung — dieser Etats-Posten soll von seinem Vorgänger her datiren — eingestrichen haben.

Wie gesagt, wir wissen das nicht ganz sicher, würden aber Herrn von Puttkamer sehr verbunden sein, wenn er, der ja die einschlägigen Verhältnisse genau kennt, uns darüber Auskunft ertheilen wollte. Wir stellen ihm dann frei, uns denjenigen sozialdemokratischen Agitator zu bezeichnen, der sich nach Sr. Exzellenz Meinung am meisten an den Streikkassen der Arbeiter mästet, und verpflichten uns, auf's Genaueste zu untersuchen, wie hoch sich dessen Gesammt-Einkommen beläuft. So hoffen wir durch Feststellung der rein objektiven Thatsachen einen schätzenswerthen Beitrag zu erhalten zu dem so interessanten Thema vom — Mästen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 7. April 1886.

— rk. **Die zweite Lesung** der Vorlage auf **Verlängerung des Sozialistengesetzes** begann am 30. März. Die Kommission war, wie die Leser sich erinnern werden, zu einem vollständig negativen Resultate gelangt. Nachdem die Windthorst'schen „Abschwächungsanträge" sämmtlich im Einzelnen angenommen worden waren, wurde das amendirte Gesetz bei der Gesammtabstimmung verworfen — ein scheinbarer Widerspruch, der sich daraus erklärt, daß für die einzelnen „Abschwächungsanträge" auch die „prinzipiellen" Gegner der Regierungsvorlage stimmten, während dieselben als Gegner aller Ausnahmegesetze schließlich auch gegen das amendirte Gesetz stimmen mußten. Dem Reichstag wäre also von der Kommission ein leeres Blatt vorgelegt worden. Damit trat jedoch nicht, wie vielfach vermuthet ward, der komische Fall ein, daß der Reichstag nun überhaupt gar keine Vorlage hatte, also gewissermaßen in der Luft stand. Die Lage der Dinge war vielmehr genau dieselbe wie vor dem Zusammentritt der Kommission. Die Kommission hat „für den König von Preußen" gearbeitet und ein paar Wochen vertrödelt — das ist Alles.

Und auch dafür war gesorgt worden, daß das Ergebniß der Plenarberathung nicht ebenso negativ werden konnte wie das der Kommissionsberathung. Um die Annahme des Sozialistengesetzes für jeden Fall zu sichern, hatte der durch Arbeiterfreundlichkeit und reaktionäre Gesinnung ausgezeichnete Zentrums-Gelehrte von Hertling „für den Fall der Ablehnung des nach den Anträgen Dr. Windthorst amendirten Gesetzes" den Eventuelantrag eingebracht: „Die Dauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hiermit bis zum 30. September 1888 verlängert."

Auf diese Weise war das Zentrum gegen jede Ueberraschung gesichert, und konnte die Möglichkeit, daß erst die Regierungsvorlage und dann das amendirte Gesetz — oder auch erst dieses und dann jenes — abgelehnt wurden, ruhig an sich herantreten lassen. Das Komödienspiel, welches das Zentrum in Sachen des Sozialistengesetzes spielte, konnte nicht drastischer gekennzeichnet werden, als durch diesen Antrag Hertlings, der die Fäden der Intriguen bloßlegt.

Die Debatte des ersten Tages verlief nach jeder Richtung hin programmmäßig. Den Referenten Fritzen (Zentrum), der mündlichen Bericht erstattete, hörte kein Mensch an. Und als Puttkamer, der die eigentliche Debatte eröffnete, sofort nach Belgien wanderte, da entstand im ganzen Reichstag eine gewisse Heiterkeit, die sich unserer stets zu bemächtigen pflegt, wenn irgend Jemand, der ein feines Spiel spielen will, genau das thut, was wir erwarteten. Sobald das Wort „Belgien" dem Zaum der Puttkamer'schen Zähne entschlüpft war, wußte ein jeder Reichsbote die Rede auswendig, welche der deutsche Polizeiminister zur Rettung des Staats und der Gesellschaft zu halten beabsichtigte — und auch hielt. Da unsere Leser an Divinationskraft (Fähigkeit zu errathen) nicht hinter den deutschen Reichsboten zurückstehen, so brauchen wir ihnen nicht zu sagen, was Herr Puttkamer gesagt hat.

Herr Windthorst, der ihm folgte, tanzte den bekannten Eiertanz. Daß grade in dem erzkatholischen, pfaffenbegnadeten Belgien, wo die Kirche seit Jahrhunderten ungestört in „praktischem Christenthum" macht, der Arbeiter-Aufstand ausgebrochen ist, war der schwarzen Perle von Meppen natürlich sehr fatal; er wußte sich aber durch die Entdeckung aus der Klemme zu ziehen, daß dieser Aufstand durch die — Freimaurer angezettelt sei. Wo bei den Ultramontanen der Verstand aufhört, da fangen der Regel nach die Freimaurer an. Man weiß, welche Rolle die Freimaurer in verschiedenen päpstlichen Enzykliken spielen — nach dem päpstlich-katholischen Ammenmärchen ist der Freimaurer die Quelle alles Uebels — er hat die Pandorabüchse, aus der der Liberalismus, der Atheismus und die Revolution herausgeflogen sind, über die unglückliche Menschheit entleert.

Und dieses päpstlich-katholische Ammenmärchen war die letzte Zuflucht des in die Enge getriebenen Windthorst — eine Zuflucht, so wacklig und wurmstichig, daß sie sogar von einem Puttkamer über den Haufen geworfen werden konnte.

Mit siegreicher Beredtsamkeit zerriß Genosse Bebel die fadenscheinigen Sophistereien und Heuchelphrasen des Herrn Puttkamer und riß den Herren vom Zentrum, deren elendes Komödienspiel er brandmarkte, die Maske von dem Gesicht. Er zeigte, daß der belgische Arbeiter-Aufstand, trotz seines sozialen Fundaments, mit Sozialismus und Sozialdemokratie nichts zu thun habe, und in der grauenhaften Ausbeutung, Unterdrückung und Herabwürdigung der belgischen Arbeiter ihre ausreichende Erklärung finde. Er hielt den reaktionären Parteien, namentlich dem Zentrum auf der einen Seite und der Regierung auf der anderen, einen Spiegel vor, der sie in ihrer wahren Gestalt zeigte; und lieferte den Nachweis, wie gerade die Regierung und die reaktionären Parteien durch ihre verkehrte und räuberische Wirthschafts- und Steuerpolitik den „Umsturz" vorbereiten.

Um recht handgreiflich zu demonstriren, in welche Sumpftiefen die konservative Partei — die Partei der „Ehre" par excellence — herabgesunken ist, trat schließlich der Redner der Konservativen, der Ehrenmann — Stöcker auf. Die bloße Thatsache genügt — sie bedarf keines Kommentars.

Unter dem Zeichen des meineidigen Hofpfaffen schloß der erste Tag.

Der zweite verlief ruhiger. Herr Hänel machte den Anlauf zu einer hohen staatspolitischen Rede, es blieb aber beim Anlauf. Was am zweiten Tag geredet ward, ist ohne Gewicht. Erwähnt sei nur, daß der saubere Hertling mit dem Fanatismus des mittelalterlichen Inquisitionsrichters eine giftige Hetzrede gegen die Sozialdemokratie hielt, und daß dann die Majorität, um das Maß ihrer Niedertracht voll zu machen, durch einen Schlußantrag den Sozialdemokraten das Wort zur Widerlegung abschnitt.

Die einzige Wahl, welche hiernach den Sozialdemokraten verblieb, war: sich an der folgenden Spezialdebatte nicht mehr zu betheiligen. Es wurde dieser Entschluß dem Reichstag durch Vollmar zur Kenntniß gebracht. Auch an den Abstimmungen betheiligten die Sozialdemokraten sich nicht.

Die Windthorst'schen Anträge wurden sämmtlich mit einer Majorität von 11 bis 20 Stimmen angenommen.

Zum Schluß führte Herr Bismarck noch einen kleinen Theaterkoup aus. Es handelte sich um die Frist der Verlängerung: 2 — 3 — oder 5 Jahre. Da trat plötzlich als rettender Engel aus der Versenkung der große Otto hervor, und suchte das Haus „gruselig" zu machen, indem er ihm eine, Tags vorher von Bebel gethane Aeußerung betreffend den Tod des vorigen russischen Czaren vorhielt. Bebel hatte gesagt: wenn in Deutschland gleich schmachvolle Zustände herbeigeführt würden wie die russischen, so seien Thaten wie die der Nihilisten gerechtfertigt. Daraus folgerte nun Bismarck, daß die Sozialdemokratie den Königs- und Kaisermord predige, und daß jedem Sozialdemokraten zugetraut werden müsse, er werde zu diesen letzteren Mitteln greifen, sobald es ihm so scheine, als hätten russische Zustände bei uns angefangen.

Bebel repliziirte, und ging seinerseits zum Angriff über, worauf Bismarck zum zweiten Male das Wort ergriff, die fragliche Aeußerung nach dem Stenogramm vorlas und in seiner Weise kommentirte — das heißt ihr seinen Sinn unterschob.

Jedenfalls wird diese Aeußerung, die selbstverständlich dem „allergnädigsten" Herrn brühheiß mitgetheilt wurde, in der nächsten Zeit von der Reptilienpresse tüchtig kolportirt und fruktifizirt werden.

Eine langweilige Rede des Elsässers Winterer träufelte etwas kaltes Wasser auf die erregten Geister — nicht daß Herr Winterer, als frommer Priester der Religion der Liebe, nicht sein Möglichstes aufgeboten hätte, um gegen die gottlosen Sozialdemokraten die Leidenschaften zu entflammen — aber, er sprach so monoton, daß er einschläfernd wirkte.

Nach mehr als fünfstündiger Debatte wurde ein Schlußantrag gestellt, jedoch mit geringer Majorität abgelehnt. — Herr Windthorst wollte noch einmal reden, und das Zentrum stimmte deshalb zum großen Theil

— nicht ganz — gegen den Schluß. Herr Windthorst berichtigte eine Bemerkung des Fürsten Bismarck, der das Kullmann-Attentat noch immer nicht vergessen kann und den Versuch wiederholt hatte, es dem Zentrum im Allgemeinen und Herrn von Windthorst im Besonderen an die Rockschöße zu praktiziren.

Nach einer kurzen Schlußrede Bebels, der sich gegen verschiedene Angriffe vertheidigte, wurde die Debatte über die Dauer des Gesetzes geschlossen.

Für die zweijährige Dauer ergibt sich eine Majorität. Bei der allgemeinen Abstimmung, die nun erfolgt, fällt das Gesetz mit Windthorst'schen Amendements, worauf das unveränderte Regierungsgesetz mit 173 gegen 146 Stimmen für zwei Jahre angenommen wird. Also eine Mehrheit von 27 für das Gesetz. Ganz, wie wir's vorausgesagt hatten.

In der **dritten Lesung** ging, nach einer jammervoll blamablen Rede des Nationalliberalen Kalle, und nachdem der Volksparteiler Kröber und der „Manchestermann" Bamberger von ihrem Standpunkt recht geschickt die Argumente der Anhänger des Sozialistengesetzes bekämpft, unsrerseits Liebknecht noch einmal mit Letzteren, insbesondere mit Herrn Bismarck gehörig in's Gericht, dessen korrupte und korrumpirende Regierungspolitik bei dieser Gelegenheit, zum großen Verdruß der Herren von der Rechten, in ihrer ganzen Jämmerlichkeit bloßgelegt wurde. Darauf wurde, nach einigen persönlichen ꝛc. Erklärungen in schließlicher endgültiger Abstimmung die Verlängerung des, die Reichsherrlichkeit dokumentirenden und garantirenden Gesetzes mit 169 gegen 157, also mit einer Majorität von 32 Stimmen genehmigt.

Die deutsche Arbeiterklasse wird also noch weitere zwei Jahre die erzieherische Wirkung der Extrafuchtel an sich zu erproben haben. Glückauf dazu, ihr und ihren Feinden!

— **In Belgien herrscht die Ordnung.** Der belgische Mordbube Banderfmissen, der sich durch sein brutales und provokatorisches Vorgehen die jubelnde Bewunderung der ganzen Ausbeuterwelt zugezogen, hält die „gefährdeten" Distrikte so lange als unumschränkter Gebieter besetzt, bis die Arbeiter sich vollständig wieder in das alte Joch begeben haben — in der Bourgeoissprache nennt man das, die Freiheit der Arbeit garantiren.

Die klerikale belgische Regierung hat im Verein mit dem liberalen Bürgermeister von Brüssel beschlossen, die öffentliche Abhaltung der auf Pfingsten projektirten Manifestation zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts zu verbieten. Recht so! Räumt nur mit euren heuchlerischen, „konstitutionellen Freiheiten" auf und um so klarer werdet ihr dem Volk seine politische Rechtlosigkeit zum Bewußtsein bringen!

Mit jedem Tage stellt sich deutlicher heraus, wie schamlos übertrieben die Berichte waren, sowohl über die Vorgänge in Lüttich als auch über die, durch die brutalen Maßnahmen der Gensdarmerie **in Verbindung mit den Sensationsberichten aus Lüttich** provozirten Exzesse in Charleroi. Aus Lüttich schreibt uns ein Genosse in Bezug auf dieses Thema: Ich kann nicht umhin, Ihnen einiges über die hiesigen Vorgänge mitzutheilen, da in den Zeitungsberichten, wie ich von vornherein bemerken will, große Uebertreibungen enthalten sind, und zwar, meines Urtheils nach, absichtlich, um der Masse Furcht und Schrecken vor dem rothen Gespenst einzujagen. So hat man hier mehrere Nächte gegen 11 und 12 Uhr mit Tambour und Trompete allarmirt, kaum eine Stunde später aber war die garde nationale bereits wieder zu Hause — der Zweck war erreicht, Alles war in Angst und Schrecken versetzt. Nach den hiesigen und auswärtigen Zeitungsberichten hätte man glauben sollen, daß in den „Schreckenstagen Lüttichs" in gewissen Straßen kein Fenster mehr ganz geblieben, und in mehreren Schenklokalen Alles zerstört worden sei. Thatsächlich war am folgenden Sonntag, d. h. drei Tage nachher, kaum noch die Spur von Verwüstungen zu sehen. Was am meisten gelitten, ist das Cafe Continental. Dort ist der größte Schaden geschehen, einige große Spiegel sind zerschlagen worden, aber wenn ich den Verlust hoch anschlage, so kann derselbe im äußersten Falle sich auf 2500 Fr. belaufen. Im „Münchener Kindl" sind drei Fensterscheiben, von je 1 Meter 60—80 Cm. breit und vielleicht 1 Meter 30 Cm., hoch zerschlagen, dann ist eine Petroleumlampe, welche sich ganz nahe an einem der Fenster befand, heruntergefallen. Der ganze Verlust beträgt höchstens 250 Fr. Im Cafe Anglais ist ein Fenster mit kleinern Scheiben, im Werthe von vielleicht 100 Fr. gebrochen; beim „Mohren" eine große halbrunde Scheibe über dem Eingangsthor, die mit 150 Fr. sehr hoch geschätzt ist. Letzterem Lokal gegenüber, in einem ganz engen Schenklokale, wo „Münchener Löwenbräu" verabreicht wird, und dessen ganze Front höchstens 3½ Meter breit ist und aus gewöhnlichen Glasscheiben besteht, beträgt der angerichtete Schaden, wenn ich ihn hoch ansetzen soll, 80 Fr. Im Cafe du grand Balcon sind eine Anzahl kleinerer Scheiben zerbrochen, im Werthe von höchstens 200 Fr. In der ganzen Leopoldstraße sind noch nicht für 200 Fr. zerstört. Bei Drion, Juwelier, soll, neben Fensterbruch, auch gestohlen worden sein, allein nach Augenzeugen, die mir sehr glaubwürdig sind, hat man sich in dieser Straße keine zwei Minuten aufgehalten. Ueberhaupt glaube ich, daß alles in allem für keine 10,000 Fr. zerstört oder gestohlen worden ist.

Und nun, wer waren diese Leute, die den ganzen Unfug angerichtet? Von dem Anarchisten Wagner abgesehen, über den ich mir keine Bemerkung erlauben will, waren es, nach den Gerichtsverhandlungen, meistens schon mehrere Male als Diebe oder wegen Unzucht bestrafte Subjekte, **kein einziger Arbeiter!** Das Einwerfen der Fenster ist meistens der löblichen, nicht lesen noch schreiben könnenden Straßenjugend zuzuschreiben. Das Ganze aber der mehr wie neugierigen Menge, denn die versammelten „Anarchisten" sollen sehr gering an der Zahl, im Ganzen keine 100 Mann, gewesen sein. Daß, wie schon bemerkt, sowohl hiesige wie besonders die deutschen Zeitungen, die Sache zu vergrößern suchen, liegt einfach darin, daß man den Angstmeiern Furcht einjagen will. — In Betreff Charleroi und Umgegend ist noch ärger übertrieben worden; Sie werden sehen, daß der ganze angerichtete Schaden sich vielleicht auf noch nicht 1½ Millionen belaufen wird statt 10 Millionen, wie es erst hieß, denn der vernichtete Werth des größten der zerstörten Etablissements, der Glashütte von Baudour, beläuft sich auf allerhöchstens 6—700,000 Fr. Ein politisches Motiv liegt wenig oder gar nicht vor, das Ganze ist mehr der herrschenden Noth sowie der grenzenlosen Unwissenheit und der aus derselben resultirenden Rohheit der Grubenarbeiter zuzuschreiben."

Und diejenigen, die diese Unwissenheit und Noth gezüchtet, die wahren Schuldigen, sie spielen jetzt die Rolle der Richter und verurtheilen die Opfer ihrer Verbrechen zu Gefängniß und Zuchthaus. So will es die „moralische Ordnung" der kapitalistischen Gesellschaft.

— **Ein interessantes Zeichen der Zeit** — schreibt man uns aus Berlin — sind die **Staatsstreichgerüchte**, welche seit einiger Zeit in Deutschland herumschwirren. Ist das Gerücht in der einen Gestalt definitiv aus der Welt geschafft, so taucht es in einer andern Form wieder auf. Die Notiz des Richter'schen Blattes, daß Bismarck „Rechtsgelehrte" habe befragen lassen, ob das allgemeine Stimmrecht ohne den Reichstag verfassungsmäßig aus der Welt geschafft werden könne, war zu albern, um ernstlich geglaubt zu werden. Seitdem sind nun verschiedene andere Lesarten in Umlauf gesetzt worden. Der Reichstag, so lautet eine derselben, soll durch ein anderes Parlament kaltgestellt werden, das aus Delegirten sämmtlicher Einzel-Landtage bestehe.

Mit einem solchen „Vereinigten Landtag" in neuer Auflage wäre indeß Bismarck sehr wenig gedient, da die Reichsverfassung ausdrücklich vorschreibt, daß das Budgetrecht dem Reichstage zusteht, und daß dieser auch, laut Art. 35, „ausschließlich die Gesetzgebung hat über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des im Bundesgebiete gewonnenen Salzes und Tabaks, bereiteten Branntweins und Bieres und aus Rüben oder anderen inländischen Erzeugnissen dargestellten Zuckers und Syrups, über den gegenseitigen Schutz der in den einzelnen Bundesstaaten erhobenen Verbrauchssteuern gegen Hinterziehungen, sowie über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der gemeinsamen Zollgrenze erforderlich sind."

In Bayern, Württemberg und Baden bleibt allerdings, nach dem nämlichen Artikel der Reichsverfassung, „die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten."

Damit ist aber die Lage der Reichsregierung keineswegs gebessert.

Eine Kaltstellung des Reichstags durch einen solchen „Vereinigten Landtag" — eine politische Mißgeburt, die übrigens schon 1864 oder 1865 zur Welt kam, und deren Vaterschaft der österreichischen Regierung zugehört — würde also gar keinen Sinn haben. Dagegen wäre der Zweck Bismarck's erreicht, wenn es möglich wäre, den Reichstag ganz abzuschaffen und durch eine derartige Karrikatur auf den Begriff Volksvertretung zu ersetzen.

Daß Bismarck dieses Projekt, als es vor länger als zwanzig Jahren von seinen Feinden vorgeschlagen wurde, um seine Politik zu durchkreuzen und die Lösung der deutschen Frage im Bismarck'schen Sinn zu hintertreiben, für mindestens Landes- und Hochverrath erklären ließ — das würde an sich wenig geniren. Denn der „Gründer des deutschen Reiches" ist ja mittlerweile der grimmigste Feind seines eigenen Reiches geworden, das nicht mehr willenlos nach seiner Pfeife tanzen will, und er schwärmt für den alten deutschen Bund, den er 1866 so umstürzlerisch-revolutionär über den Haufen geworfen.

Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß er mit ähnlichen Gedanken sich trägt — hat er doch in seiner letzten Schnapsrede von Möglichkeiten gesprochen, die unzweifelhaft auf einen Staatsstreich hinauslaufen würden.

Also am guten Willen fehlt es sicherlich nicht. Die einzige Frage ist die des Könnens. Und unseres Erachtens ist das Können nicht mehr vorhanden.

Ein Staatsstreich, welcher in erster Linie sich gegen das allgemeine Wahlrecht richten müßte, wäre heutzutage ein so gewagtes Experiment, daß nur ein Wahnsinniger oder ein Betrunkener des Wagnisses fähig wäre.

Die ganze Ungeheuerlichkeit unserer politischen Zustände drückt sich aber in jenen Staatsstreichgerüchten aus. Sie zeigen, daß der Glaube an die Festigkeit des herrschenden Systems entschwunden ist — nur eine **bankrotte** Regierung macht Staatsstreiche.

— Als **„stärkste Waffe der Reaktion"** bezeichnet die Berliner „Volkszeitung" das so oft im „Sozialdemokrat" und jüngst so treffend von Genosse Liebknecht im Reichstag gekennzeichnete Lügensystem der Bismarck'schen Presse, mittels dessen alle „volksthümlichen Bewegungen" im In- und Auslande, welche für die Zwecke der Reaktionshallunken ausgebeutet werden sollen, tendenziös entstellt und in maßloser Weise aufgebauscht werden. In welchem Artikel insbesondere das Wolff'sche Depeschenbureau Hervorragendes leistet. „In dem Vierteljahrhundert," schreibt das bürgerlich-demokratische Blatt, „in welchem seit der Reaktion der fünfziger Jahre wieder ein regeres Leben durch die europäischen Völker fluthet, ist diese Erscheinung mit so unwandelbarer Regelmäßigkeit hervorgetreten, daß man stets der Wahrheit nahe kommen wird, wenn man bei den ersten Meldungen über eine volksthümliche Bewegung mindestens die Hälfte oder auch drei Viertel von allem Grausigen und Schaurigen, welches sie enthalten, einfach nach dem Rezepte des Fürsten Bismarck: „Gelogen wie telegraphirt" unter den Tisch wirft. . . . Die belgischen Unruhen sind nur ein Item mehr in einer sehr langen Rechnung. Die politische und namentlich die soziale Geschichte der letzten Jahrzehnte ist auf diese Weise unter einem Wust von Entstellungen und Fälschungen begraben, welcher durch die wissenschaftliche Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung nur sehr langsam aufgeräumt wird, um so langsamer, als der Druck der reaktionären Gewalten sich mit bewußter und unbewußter Stärke gegen alle die richtet, welche ernstlich daran gehen, hier wieder klare und reine Bahn zu schaffen.....

„Das wirksamste Mittel gegen diese stärkste Waffe der Reaktion wird immer darin bestehen, ihr überall auf dem Fuße zu folgen, wo sie neue Verheerungen anrichtet. Und hier ist es in erster Reihe die Pflicht aller Zeitungen, denen es wirklich um Gerechtigkeit und Wahrheit zu thun ist, eine ungleich größere Behutsamkeit und Vorsicht gegenüber dem hier gekennzeichneten System anzuwenden als bisher. Was hilft es, an der Spitze des Blattes in noch so beredten und schönen Leitartikeln die Reaktion zu bekämpfen, wenn am Ende des Blattes in den kurzen, scheinbar nur die reinen Thatsachen enthaltenden Depeschen, nach denen unter hundert Lesern neunundneunzig eher greifen, als nach dem Leitartikel, das Werk der Reaktion in wirksamster Weise gethan wird!"

Diese Mahnung ist durchaus berechtigt, nur erschöpft sie den gerügten Uebelstand nicht. Die Depeschen allein thun es nicht, und das tendenziöse Entstellen beschränkt sich nicht auf außergewöhnliche Vorgänge. Mindestens ebensoviel Schaden als die Lügendepeschen, welche die Gemüther künstlich erhitzen, richten die offiziösen Korrespondenzen an, die vermittelst gewisser „Weltblätter" systematisch in die Presse eingeschmuggelt werden, und die den gläubigen Zeitungsleser das Gift tropfenweise beibringen, und es ist ein Skandal sondergleichen, wenn sich z. B. Blätter wie die „Frankfurter Zeitung", die doch wahrhaftig nicht auf diese Quellen angewiesen ist, dazu hergeben, Hetzkorrespondenzen der reptilisirten „Französischen Korrespondenz" ohne jeden redaktionellen Zusatz in ihren Spalten Aufnahme zu gewähren.*) Und auch die „Volkszeitung" selbst läßt es in dieser Beziehung recht oft an der, von ihr empfohlenen Vorsicht mangeln. So namentlich der „Kölnischen Zeitung" gegenüber, deren politische Verkommenheit grade sie vor noch gar nicht langer Zeit — bei Gelegenheit des englisch-egyptischen Konflikts — so vortrefflich zu brandmarken wußte.

— **Der Junge wird gut!** Wir hatten schon des Oefteren Gelegenheit, uns mit Wilhelm II., dem hoffnungsvollen Sprößling „unseres Fritz", zu beschäftigen und verschiedene der vortrefflichen Eigenschaften kennen zu lernen, die diesen „so Gott will" dereinstigen Kaiser von Deutschland und König von Preußen zieren. Heute können wir unsern Lesern den Hohenzollernprinzen von einer neuen vortheilhaften Seite vorstellen. Unter der Ueberschrift „falsche Sozialdemokraten" erzählen Berliner Blätter:

„Am vorigen Dienstag kehrte eine Anzahl junger Leute in heiterer Stimmung von der Militärmusterung von Berlin nach Potsdam zurück. Einer von ihnen hatte sich ein rothes Taschentuch an seinen Spazierstock gebunden. Am Neuendorfer Eisenbahnübergang begrüßte die Schaar den vorüberfahrenden Eisenbahnzug mit „Hurrah", und der junge Mann schwenkte die auf die erwähnte Weise hergestellte Fahne. In dem Eisenbahnzuge befand sich Prinz Wilhelm, welcher von Berlin herüberkam. Als der Prinz im Vorbeifahren das Schwenken des rothen Taschentuchs sah und das Hurrahrufen hörte, glaubte er, es sei eine sozialdemokratische Demonstration und benachrichtigte, in Potsdam angelangt, sofort die Polizei von dem Vorfall, welche nun Alles in Bewegung setzte, um die Uebelthäter zu ermitteln. In vorstehender harmloser Weise erfolgte schließlich die Aufklärung."

Man bewundere den Muth des jungen Helden — denn Helden sind alle Hohenzollern — beim Anblick des rothen Taschentuchs und die männliche Entschlossenheit und Umsicht, die ihn im Vollbewußtsein der Wichtigkeit seiner Person sofort der Polizei den staatgefährdenden Vorfall rapportiren ließ. Das zeigt den Musterregenten wie er leibt und lebt. Und wäre er nicht zum Regenten geboren, es wäre ein Jhring-Mahlow an ihm verloren — dieses Muster eines pflichtgetreuen Beamten.

— Zwei **Nachwahlen**, bei denen unsre Partei betheiligt war, haben in voriger Woche stattgefunden. Die eine im zweiten hannoverschen Wahlkreise (Aurich-Wilhelmshaven), die andere im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Apenrade Flensburg).

Bei Ersterer hat unsere Partei einen kleinen Rückgang zu verzeichnen — 449 Stimmen gegen 469 im Jahre 1884. Derselbe ist indeß nur ein scheinbarer, da die Zahl der eingeschriebenen Wähler von Wilhelmshaven, auf welche Stadt unsre Genossen ihre Agitation beschränkten, diesmal um 222 geringer war als das vorige Mal, welcher Ausfall zum überwiegenden Theil die Arbeiterklasse (Arbeiterentlassungen!) trifft. Ferner ist hervorzuheben, daß von den in Wilhelmshaven beschäftigten Arbeitern ein immer größerer Theil in die Vororte zieht, die zum zweiten oldenburgischen Wahlkreise gehören, der von Wahl zu Wahl eine größere Zahl sozialistischer Stimmen aufweist.

Einen glänzenden Erfolg erzielten dagegen unsere Genossen im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Dort ist die Stimmenzahl von 920 im Jahre 1884 auf **2286** gestiegen, womit die höchste Stimmenzahl, die wir je in diesem Kreise erzielten (1216 im Jahre 1874) um nahezu das Doppelte überschritten ist. Sie haben es aber auch an Mühe nicht fehlen lassen, dieses Resultat zu erzielen. Nur so weiter gearbeitet, dann bringen wir es das nächste Mal vielleicht zu einer Stichwahl!

— **Prozentpatriotismus oder Staatshilfe für bankrotte deutsche Rittergutsbesitzer.** Aus Posen wird der „Freisinnigen Zeitung" geschrieben:

„Es sind dem Ministerium bereits über hundert Güter aus der Provinz Posen zu Kolonisationszwecken angeboten worden. Es ist dies hauptsächlich von **Deutschen** geschehen, die eine willkommene Gelegenheit vor Augen gesehen, ihren zerrütteten Vermögensverhältnissen aufzuhelfen. In der Liste der fallirten Gutsbesitzer aus der Provinz Posen begegnet man in den letzten Zeiten fast ausschließlich nur deutschen Namen."

Ueber die Gründe dieser „höchst sonderbaren" Erscheinung frage man in gewissen Kavallerieregimentern und in den verschiedenen Renn- ꝛc.-Klubs nach. Da wird das aus den Ackerbausklaven herausgeschundene Geld durchgebracht, und hinterher ist das Vaterland in Gefahr vor dem andringendem Polonismus, vor der Schnapspest und ähnlichen Uebeln, und kann nur gerettet werden, wenn man den edlen Pionieren des Deutschthums aus der Tasche der Steuerzahler jährlich einige Millionen in den Schooß wirft. Keine Staatshilfe, kein Patriotismus.

— **Bilder aus der guten Gesellschaft.** Aus Merseburg schreibt man uns: Da ich die Berichte im Parteiorgan, welche die Genossen aus allen Städten Deutschlands einsenden, mit großem Interesse lese, so hoffe ich, wird es andern Genossen ähnlich gehen, und gestatte mir daher einige Mittheilungen zur Charakteristik unserer modernen Zustände.

Kamen da jüngst zwei hiesige Parteigenossen in der Nacht 3 Uhr die Straße entlang und sahen einen Mann auf der Erde liegen, welcher sich zu deutsch „besoopt" hatte, neben ihm stand ein Hund. Es stellte sich heraus, daß der Mann so besoffen war, daß er nicht einmal zu sprechen vermochte. Die Genossen nahmen ihn auf, der Hund ging voran, und der Weg führte in das Haus des Brauereibesitzers Berger. Man klingelte, nach zehn Minuten kam ein Frauenzimmer und machte auf. Es war die Haushälterin des Herrn Regierungsrath Wendler und der Besoffene ihr Herr, also ein Mann, den sogenannten gebildeten Ständen angehörig, eine Stütze der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Der beschriebene Zustand soll nach Aussage der Nachbarn bei diesem Ordnungshelden oft eintreten.

Ein anderes Bild. Letzthin, am 6. Januar dieses Jahres, war im hiesigen Kreisblatt zu lesen: Heute starb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, der Kaufmann Karl Reichelt. Wir bitten um stilles Beileid. Die trauernden Hinterbliebenen. — Aber — Prosit Mahlzeit, nichts wie Lüge! Am Treppengeländer hatte sich der Herr erhängt. Das war nun an und für sich nichts Auffälliges; allein der gute Mann war gleichfalls eine Stütze der heutigen Gesellschaftsordnung, bekleidete viele Ehrenämter, als: Stadtverordneter, Kirchenrath, Aufsichtsrath, Vorsteher beim hiesigen Bürger-Institut und beim Bürger-Gesangverein. Die drei letztgenannten Vereine sind mit diesem Bauchrutscher erster Klasse recht reingefallen, es ist sehr viel Betrug von Seiten dieses Patrons zu Tage gekommen. Einen Tag nach seinem Tode wurde der gerichtliche Konkurs über sein Vermögen eröffnet. Ein Bauer hatte im vorigen Jahr eine Rechnung von 190 Mark an das Geschäft zu zahlen (Schnittwaaren-Geschäft mit Schneiderei), er zahlte diesen Betrag Ende Dezember vorigen Jahres; im Buche sind aber blos 100 Mark abgeschrieben. Hätte der Mann nicht noch seine Quittung, so müßte er jetzt den Rest nachzahlen. Man kann daraus den Betrug sehen. Dabei ist dieser Heuchler von Reichelt jeden Sonntag in die Kirche gegangen. Von dieser ganzen Geschichte schreibt die hiesige knechtische Presse kein Wort, es war ja einer der Jhrigen! Wäre es ein armer Arbeiter ohne Stand und Rang gewesen, so hätte das Gelichter ein viertel Jahr lang Mord und Zeter geschrien, so aber wird Alles hübsch todt geschwiegen. Das erfordert die herrschende Moral!

— **Ein echter Vertreter der christlichen Liebe** ist der Pastor Mangelsdorf am „Rettungshause" zu Schildesche (Westfalen). Dieser fromme Diener des HErrn mißhandelte die 19jährige Bertha Töpfer, eine ehemalige Insassin des besagten „Rettungshauses", für ein Vergehen, dessen sich dieselbe gegen ihre Dienstherrschaft angeblich hatte zu Schulden kommen lassen, derart, daß sie nicht im Stande war, zu der Herrschaft zurückzukehren, sondern von der, in der Nachbarschaft des „Rettungshauses" wohnenden Familie des Gottlieb Reckfieck, in dessen Hause ankommend sie ohnmächtig wurde, aufgenommen werden mußte, und dort in ärztlicher Behandlung verblieb. Das ärztliche Gutachten lautet: „Am Mittwoch, den 24. d. Mts., wurde ich aufgefordert, die Bertha Töpfer zu besuchen. Ich fand dieselbe in einem auf dem Sopha hergerichteten Bett liegend und lebhaft über Schmerzen klagend. Bei der vorgenommenen Untersuchung fand sich: 1) an der äußeren und hinteren Fläche des rechten Oberarms eine ungefähr 10 Cm. lange und 6 Cm. breite Blutunterlaufung, die Haut durch das zersetzte Blut gelb-grünlich gefärbt; 2) an der äußeren und hinteren Fläche des linken Oberarms eine ungefähr 8 Cm. lange und 6 Cm. breite Blutunterlaufung, die Haut ist wie rechts gefärbt; 3) vier striemenartige Blutunterlaufungen an der rechten und hinteren Seite des Brustkastens in der Höhe der 5.—8. Rippe; 4) das Allgemeinbefinden ist gestört, die Körpertemperatur beträgt 38° C., der Puls macht 92 Schläge, die Zunge ist weißlich belegt. Die geschilderten Verletzungen sind die Folgen einer groben Mißhandlung, und stimmt die Angabe, daß dieselben durch Schläge mit einem dicken Rohrstock zugefügt seien, mit der Beschaffenheit der Verletzungen vollkommen überein."

Merkwürdig, daß zu dem Heer der Prügelpädagogen und Henkerverehrer keine Bevölkerungsklasse ein verhältnißmäßig so großes Kontingent stellt als die Pfaffen.

— **Wo sind die Buben?** In Lokalblättern der Provinz Sachsen war kürzlich folgende Notiz zu lesen: „Weißenfels. Einem Bubenstück, welches vier Individuen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, in der Nacht vom Sonntag zum Montag (21. zum 22. März) ausführten, ist unsere Polizei dahintergekommen. Dieselben haben nämlich gegen halb 1 Uhr Nachts an einer der am Ende der Beudizstraße und in der Nähe des Kämmerhölzchens stehenden Pappeln eine rothe Fahne mit der Inschrift: „Hoch lebe die Anarchie (!), nieder mit der Despotie" befestigt, wurden aber von der Polizei auf frischer That ertappt und verhaftet. Die gerichtliche Untersuchung gegen die Thäter ist bereits eingeleitet."

Für denjenigen, der die örtlichen Verhältnisse nicht kennt, liegt die Frage am nächsten: wo steckt hier das „Bubenstück"? Leute, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen und die Anarchie hochleben lassen, würden dadurch höchstens beweisen, daß sie Konfusionsräthe sind; unter einem Bubenstück versteht man aber bekanntlich eine Handlung, die von niedriger Gesinnung zeugt. Indeß ist die Sache doch nicht so ganz ohne. Es liegt in der That so etwas wie ein Bubenstück vor, nur hat man die Buben ganz wo anders zu suchen, als die obige Polizeinotiz angibt. Von den „vier Individuen", die sich auf frischer That ertappen ließen, ist nämlich unsern Weißenfelser Genossen durchaus nicht bekannt, daß sich dieselben zur Sozialdemokratie bekennen, wohl aber ist ihnen, wie man uns schreibt, bekannt, daß der Anführer derselben, ein gewisser Oskar Schäfer, wiederholt wegen schweren Diebstahls im Zuchthaus gesessen! Zieht man diesen Umstand in Betracht und die Thatsache, daß die Weißenfelser Polizei die Abfassung benutzte, um sofort bei 26 Sozialdemokraten Haussuchung abzuhalten (bei einem sogar dreimal), ihnen alle möglichen Drucksachen — verbotene und unverbotene — abverlangte, ihre Briefschaften durchstöberte, kurz, die Untersuchung auf die verhaßten „Rothen" ausdehnte, um sie für die nächste Wahl lahm zu legen, so wird man vielleicht die Antwort finden auf unsere eingangs aufgeworfene Frage: Wo stecken hier die eigentlichen Buben?

— In einer seiner jüngsten Reden gab Bismarck ein recht nettes Wort über den **parlamentarischen Anstand** zum Besten. „Im englischen Parlament," sagte er, „ist es hergebracht, daß kein Abgeordneter dem andern schlechte Gesinnungen zutraut. Diese englische Tradition hatte sich gebildet zu Gunsten zweier alter historischer Parteien, welche die Minorität im Lande bildeten. Sie hatten das dringende Bedürfniß, gegenüber der misera plebs (der schoflen Menge — der Steuerzahler nämlich) ihr Ansehen zu unterstützen. Es war eine stillschweigende Verabredung, sich gegenseitig für anständige Leute und für vaterlandsliebend zu halten, und man hatte in England keinen Grund, einem Andern Mangel an Patrio-

*) Freilich unterscheiden sie sich oft nur wenig von den „Originalkorrespondenzen" des volksparteilichen Blattes. Es wäre überhaupt interessant, einmal die Grundsätze s. v. v. kennen zu lernen, von denen sich dasselbe bei seinem Korrespondenzendienst leiten läßt.

tismus vorzuwerfen, weil die Parteien eben die Minorität gegenüber den Regierten bildeten.“ Man sieht, Bismarck weiß aus seinem Bucher sehr gut, welchem Bedürfniß die parlamentarische Lüge entstammt, der alte Zyniker genirt sich aber nicht, im gleichen Moment, wo er die edlen Motive dieser schönen Sitte aufdeckt, über ihre Nichtbeachtung zu jammern. Es war in der That höchst unparlamentarisch, den hochgebornen Schnapsbrennern schmutzigen Egoismus vorzuwerfen, anstatt sie alle, alle für anständige Männer und ehrenwerthe Patrioten zu erklären.

— **Neudeutsche Kulturzustände.** Ein Genosse schreibt uns: Der „Leipziger Dorfanzeiger“, ein Organ, welches sich in jeder Beziehung dem nationalmiserablen „Leipziger Tageblatt“ als seinem „geehrten Vorredner“ anschließt — also eine in dieser Hinsicht gewiß glaubwürdige Quelle — enthält in seiner Nr. 38 vom 28. März im Jahre des Heils 1886 folgende für Kulturforscher werthvolle Notiz:

„In Ottensen starben zwei Kinder, deren Mutter, eine Wittwe, im Wochenbett liegt, im buchstäblichen Sinne des Wortes Hungers, und zwar in dem Augenblick, als der Polizeiarzt von Ottensen die Mutter besuchte, um ihr Hülfe zu leisten. Die armen Kinder hatten in den letzten Wochen ausschließlich von Kartoffelschalen, die sie sich selbst rösteten, gelebt. Der Arzt stellte fest, daß die Kleinen verhungert seien. Drei andere Geschwister hockten hungernd und frierend in der Ecke der elenden Wohnung der Wöchnerin. Der Arzt war von dem Anblick so erschüttert, daß er sofort für Nahrung sorgte. Jetzt hat sich die Stadt der Unglücklichen angenommen.“

Ob hier wohl auch der Mangel an Religion und Sparsamkeit Schuld an diesem Elend hat, wie das geniale „Tageblatt“ bei jeder sich darbietenden Gelegenheit behauptet?“ U. A. w. g.

Zweifelsohne. Denn hätte z. B. die Frau die richtige Religion gehabt, so hätte ihr der allgütige und gerechte „Gott“ so sicher geholfen, wie er der frommen Redaktion des „Tageblatt“ hilft, nach dem Worte der Schrift: „Der Herr schenkt es den Seinigen im Schlaf.“ Es kommt nur darauf an, daß man den rechten Glauben und die rechte Sparsamkeit hat.

Die haben ja sicher auch dem armen Weber in Hammerbrück im sächsischen Voigtland gefehlt, von dem der ordnungsparteiliche „Voigtländische Anzeiger“ vorige Woche berichtete:

„Vor wenig Tagen starb hier ein braver, arbeitsamer, im 34. Lebensjahre stehender Weber plötzlich an Gehirnentzündung. Welch' trauriges Loos es jetzt überhaupt ist, Gardinenweber zu sein, bedarf wohl kaum hier noch der Erörterung. Der Verstorbene hatte, um seine traurige Lage zu verbessern, vor ungefähr 1½ Jahren das Sticken unter den größten Entbehrungen erlernt, und da zufällig hier eine Maschine zu verpachten war, so übernahm er dieselbe. Nun glaubte sich der gute Mann vor dem Hunger geborgen. Allein es kam anders! Die Löhne der Sticker gingen bekanntlich so schnell herunter, daß er kaum den Pacht erschwingen konnte, und die Noth trat wieder in aller Bitterkeit an ihn heran. Plötzlich wird er vom Tode ereilt und das Elend dieser Familie dadurch auf die höchste Spitze getrieben. Als der Verstorbene beerdigt wurde, stand die schwergeprüfte und sich wiederum in gesegneten Umständen befindliche Wittwe mit 7 Kindern, von denen das größte noch nicht 12 Jahre alt ist, am Sarge des Gatten.“

Und trotzdem gibt es immer noch Leute, die nicht einsehen wollen, daß wir in der besten aller möglichen Gesellschaften leben.

— **Es lebe der internationale Konkurrenzkampf!** In England ist, wie der „Socialiste“ mittheilt, jüngst die Nachricht eingetroffen, daß man in Indien Eisen und Stahl zum halben Preis wie in Europa herstellen könne. Dank der vervollkommneten Verkehrsmittel und dem Suezkanal werden wir demnächst sehen, wie das indische Eisen das europäische Eisen in Europa selbst aus dem Felde schlägt. So wird ein Land der Erde nach dem andern industriell, der wirthschaftliche Konkurrenzkampf immer intensiver, das Schlachtfeld immer ausgedehnter, und die Opfer immer zahlreicher.

Wenn es so fortgeht, kommen wir vielleicht noch dazu, daß die europäischen Arbeiter gezwungen sind, nach Indien auszuwandern und dort die Kulis zu unterbieten. Welch' ein Fortschritt!

— Aus **Frankfurt am Main** schreibt uns ein Genosse, daß die in Nr. 13 unsres Blattes veröffentlichte Korrespondenz über den Friedhofprozeß wegen verschiedener, darin enthaltener Uebertreibungen in Parteikreisen vielfach Mißbilligung erregt habe. So falsche Darstellungen seien nur geeignet, das Organ zu diskreditiren.

Wir haben darauf zu erwidern, daß uns die Korrespondenz von einer Seite zuging, von der wir voraussetzen durften, daß sie, wenn nicht im Auftrage der Frankfurter Genossen, so doch mit Vorwissen derselben, an uns geschrieben. Entstellende Uebertreibungen bedauern auch wir. Wir berichtigen daher gern, daß bei dem Friedhofsgemetzel zwar brutale Mißhandlungen in Masse stattgefunden, diese aber zu eigentlichen „Verstümmelungen“ nicht geführt haben.

Korrespondenzen.

Gerresheim, Mitte Februar. (Streiflicht über die Arbeiter-Verhältnisse auf der hiesigen Glashütte.) Ganz eigenthümliche Verhältnisse herrschen hier schon seit Jahren in einer der größten Flaschenfabriken Deutschlands, deren Besitzer Kommerzienraths Heye ist — ein moderner Sklavenbaron par excellence.

Zur Zeit der Errichtung dieser Fabrik, vor ungefähr 15 Jahren, waren die Arbeiter derselben zufrieden mit ihrem Loose, denn sie verdienten zwischen 7—10 Mark pro Tag und Kopf, hatten miethfreie Wohnung, Stallung und (ebenfalls frei) 80 Ruthen Land, welches sie nach Belieben bebauen konnten; auch hatten sie vollständig freien Brand, denn die ausgebrannten Kohlen, Coaks genannt, standen ihnen unentgeltlich zur Verfügung. Vier Backöfen waren gebaut, damit sich jeder sein Brod selber backen konnte, was ja für den Arbeiter immer mit Vortheilen verknüpft ist, so lange der Fabrikant diesen Umstand eben nicht bei der Lohnfrage mit in seine Berechnung zieht.

Auch befanden und befinden sich die Glasmacher heute noch sämmtlich in der ersten Steuerstufe, denn der Fabrikant bezahlt die Steuern seiner Arbeiter aus seiner eigenen Tasche. Auf eine Aufforderung der Regierung, welche die Glasmacher ihres hohen Verdienstes wegen sämmtlich in die zweite Steuerstufe pressen wollte, entgegnete Herr Heye in einer Eingabe an dieselbe, daß zwar seine Arbeiter gewissermaßen mehr verdienten wie andere Arbeiter, sie aber dafür bei ihrer schweren, anstrengenden Arbeit sich auch bedeutend mehr an guten Nahrungsmitteln zulegen müßten, und infolge dessen auch die Abgaben der zweiten Stufe nicht entrichten könnten; die Regierung ließ es auch nach diesen Ausführungen bei der ersten Stufe bewenden.

Jetzt aber, nach 15 Jahren, sind die Arbeiter genannter Firma so weit heruntergekommen, daß die eine Hälfte, welche dreischichtig, also 8 Stunden, arbeitet, im günstigsten Falle bis 3 Mark verdient, während die andere Hälfte zweischichtig, also in 12 Stunden, höchstens bis 4 und 4.50 Mk. in ganz günstigen Fällen verdient, bei unausgesetzter Arbeit vor geschmolzenem Glase, wo eine Hitze zum Weglaufen herrscht. Beispielsweise arbeiten die Leute im Sommer fast nackt, denn sie haben dann nur ein bis an die Kniee reichendes Hemd an.

Das ist ihre eigentliche Hüttenarbeit; die 4—5 Stunden, während deren sie nachher wieder kommen, die Flaschen aus den Kühlöfen herausnehmen und zum Lagerplatz fahren müssen, werden nicht gerechnet, denn das muß unentgeltlich geschehen. Auch hat keiner mehr eine Ruthe Land, sondern man muß es, wenn man sich hier vom Bauer etwas pachtet, die Ruthe mit 40 Pf. bezahlen. Auch ist der freie Brand weggefallen.

So versteht es solch ein Schinder, selbst die Regierung in der Steuerfrage zu hintergehen, denn wer steckt das Geld für die zweite Steuerstufe in die Tasche? Und wer bezahlt aus seiner Tasche für diesen Schlot-Baron den Betrag für seine Arbeiter? Die andern Bürger Gerresheims, da sie in den Kommunallasten um so viel höher besteuert sind; und die sind hier nicht gering, beinahe 400 Prozent der Einkommensteuer!

In einer Anzahl ein- und zweistöckiger Häuser hat er seine Sklaven untergebracht. Zirka 600 Wohnungen, welche das ganze Jahr hindurch eine Pest-Brutstätte abgeben, denn zwischen je 2 und 2 Reihen Häusern befinden sich die Stallungen und Mistgruben (Aborte mit geschlossenen Gruben gibts nicht). Menschliche und thierische Exkremente liegen in den offenen Gruben durcheinander, den Strahlen der Sonne preisgegeben, was zur Folge hat, daß die kaum drei Schritte davon entfernt liegenden Sklavenräume vollständig von den giftschwangeren Dünsten durchseucht werden; Typhus, Scharlach und Diphtheritis sind hier beständige Gäste, was aber vom Hüttenarzt bestritten wird, der auch die Krankheiten mit andern Namen belegt. Neben den vorbenannten ansteckenden Krankheiten kommen dann zumeist Todesfälle von Schwindsüchtigen vor, deren es hier eine Menge gibt, was ja auch nach Vorstehendem nicht zum verwundern ist.

Wie hier jede freie Regung geahndet wird, davon unter vielen nur ein Beispiel.

Regierungsseitlich war vor einiger Zeit an die größern Werke Düsseldorfs und Umgegend die Aufforderung ergangen, einige Arbeiter zu delegiren zur Erörterung der Frage über die Sonntagsarbeit. Die hiesige Glashütte schickte 4 Mann, andere 3, 2 und 1, je nach der Größe des Werkes. Diese Delegirten traten am 2. Jan. d. J. im Düsseldorfer Regierungsgebäude zusammen und stimmten alle ohne Ausnahme gegen die Sonntagsarbeit. Sofort nun nach Bekanntwerden dieses wahrscheinlich nicht vermutheten Ausganges wurde den Glasmachern angekündigt, daß sie wieder mit 10 % Abzug beglückt worden seien. Verdolmetscht wurde diese Maßregel dadurch, daß Nachts zwischen 12 und 1 Uhr einer der Hetzhunde dieses Emporkömmlings, mit Namen Brandt, in eine der Hütten hineinturkelte (denn die Glashütte ist im Laufe der Jahre zu einem Komplex von 8 einzelnen Hütten angewachsen) und die Arbeiter mit den Worten: „'Raus, 'raus, jetzt ists Sonntag, jetzt wird nicht mehr gearbeitet, Ihr wollts ja so haben!“ hinaustrieb. Dieser Brandt, sowie sein würdiger Kollege Baier leisten überhaupt alles Menschenmögliche als Hetzhunde. Kriechend, heuchlerisch, feige vor ihrem Oberhaupt — anmaßend, roh und brutal den Arbeitern gegenüber, kranken, im Bette liegenden Arbeitern, nachdem ihre Kündigungsfrist abgelaufen, Fenster und Thüren auszuhängen, und, wenn das noch nichts fruchtet, sie auf die Straße zu werfen — das ist so in kurzen Umrissen die Hauptbeschäftigung dieser Tiger in Menschengestalt außerhalb der Fabrikräume. Denn kranke Leute sind ja nicht zu gebrauchen, und da heißt es eben, Platz schaffen für die Nachfolgenden.

Und nun zu den Maurern und Handlangern vorbenannten Arbeiter-Zuchthauses, welches zu Reparaturen und Neubauten beständig 70—80 Maurer und Handlanger benöthigt. Die Maurer verdienten durchschnittlich 3 Mk. 25 Pfg., die Handlanger 2.60 für zwölfstündige Arbeitszeit. In früheren Wintern nun wurden die Löhne derselben regelmäßig gekürzt, sobald die Tage abnahmen (Stundenlöhnung) und stiegen wieder, wenn die Tage zunahmen. Diesen Winter nun (nachdem im Laufe des Jahres elektrisches Licht angebracht worden war, so daß die Leute auch nach Eintritt der Dunkelheit arbeiten konnten) wurde an dem Tage, wo der erste Schnee fiel, den Maurern und Handlangern pro Tag und Kopf **75 Pfg.**, sage und schreibe, abgezogen, bei **unverkürzter** Arbeitszeit. Die Leute wußten anfangs fast sämmtlich nicht, woran sie waren, es wurde ihnen aber bald klar gemacht und ihnen auch noch gesagt, wem das nicht passe, der könne sich zum Teufel scheren, „wir können Leute genug bekommen, die noch viel billiger arbeiten.“ Thatsächlich legten auch nur zwei Mann die Arbeit nieder, dabei bemerkend, für solche Gaunerei müßten sie sich bedanken, denn das hieße nicht anders als wie: „Ich stehle Euch von heute ab jeden Tag 75 Pfg. aus der Tasche.“ Mit diesem Abzug aber war es noch nicht genug, denn gleichzeitig mit den Glasmachern, anläßlich der Sonntags-Enquete, wurden auch den Maurern rasch noch 25 Pfg. abgezogen.

Daß nun alles dieses höheren Orts auch die nöthige Würdigung gefunden hat, beweist, daß dieser Blutegel anfangs vorigen Jahres zum Kommerzienrath ernannt wurde, denn für die Herabdrückung von über 1200 Arbeitern in die größte Armuth darf doch der Lohn nicht ausbleiben!

In der Regel hat der Herr Kommerzienrath 2 Sklavenfänger auf Reisen, um bei dem steten Wechsel, der ja nicht ausbleiben kann, die Arbeiter zu kompletiren. Einer derselben plauderte mir einmal im angetrunkenen Zustande aus, daß sie strenge angewiesen wären, keine Dänen, Brandenburger, Hamburger und Rheinländer zu schicken, denn die wären ihm zu aufgeklärt!, Ich kenne persönlich Leute von der Hütte aus russisch Kurland, welche unter den glänzendsten Versprechungen hierhergelockt (z. B. hoher Verdienst, freie Wohnung, Zusicherung freier Reise und dergleichen mehr) und die lediglich nur dem Heimatstriebe folgend hier ankamen, sich aber durch die Wirklichkeit bitter enttäuscht fühlten, denn von den sämmtlichen Versprechungen erfüllten sich nur die freie Wohnung; sie hatten neben geringem Verdienst sofort 100—150 Mark Schulden für die freie Reise, die ihnen nun an jedem Zahltag in Abrechnung gebracht wurden, so daß die meisten, wenn sie noch genügend Geld besaßen oder solches von Kurland geschickt bekommen konnten, schleunigst Gerresheim wieder den Rücken kehrten und nach Rußland zurückmachten.

Nun zum Schluß noch ein Kniffchen, welches diesem traurigen Helden allerdings anfangs einige hundert Mark gekostet hat, ihm aber für die Folgezeit eine ungeheure Rente abwirft, sowie für die Arbeiter von großer Tragweite gewesen ist.

Vor ein paar Jahren fing er nämlich an, auf ein gewöhnliches Durchschnitts-Pensum Flaschen eine Prämie von 3 Mk. 50 Pfg. auszusetzen; darüber großer Jubel unter den Arbeitern — aber, aber, der hinkende Bote kommt nach: denn nach nur einigen Wochen wurde das Pensum erhöht, und so weiter bis zu einer solchen Höhe, daß jetzt kein Mensch mehr im Stande ist, die Prämie zu erlangen. Dafür hats aber auch Abzug auf Abzug geregnet.

Einigermaßen zu entschuldigen wäre dies noch, wenn der Mann mit der Konkurrenz zu schaffen hätte, aber dem ist entschieden nicht so. Denn einen großen Theil des Rohmaterials, nämlich den schönsten Sand, hat er bei Errichtung der Fabrik geschenkt bekommen, und zwar in solcher Menge, daß er noch auf lange Jahre hinaus genug daran hat, und nichts weiter zu thun braucht, als denselben durch seine Fuhrleute holen zu lassen. Die andern Materialien bezieht er in großen Waggonladungen, also auf die denkbar billigste Weise, dabei hat er Bestellungen, die er kaum zu bewältigen im Stande ist, und immerzu noch neu bauen muß. Ich denke, hierdurch ist die Konkurrenz-Noth genügend charakterisirt. Nein, ausbeuten, ausbeuten, das ist die Parole. Anhäufen, Millionen auf Millionen, das ist die Triebfeder. Das Arbeitsvieh ist ja billig und geduldig.

Der rothe Schlosser.

Sprechsaal.

Wir warnen heute vor dem Tabakspinner Döring, der voriges Jahr seinen Kollegen L. Schäfer, zur Zeit in Mühlhausen in Thüringen wegen Verbreitung verbotener Druckschriften denunzirt hat, infolge dessen er 14 Tage hinter Schloß und Riegel wanderte. Döring kam hierauf nach Frankenhausen i/Th. und suchte sich auch da wieder einzuschmuggeln. Er wurde aber bald ertappt und mit der ihm gebührenden Strafe abgelohnt. Der Zufall brachte es nämlich, daß Genosse Schäfer ebenfalls hier in Arbeit trat, und zwar in derselben Fabrik. Auch hier suchte Döring seine Niederträchtigkeit fortzusetzen, was ihm aber nicht gelang.

Am letzten Sonnabend, 27. März, wurde der elende Denunziant mit Trommeln und Pfeifen aus der Arbeit gejagt und wird, soviel uns bekannt ist, unseren Freunden in der Gegend von Bochum in die Hände fallen.

Also allerwärts aufgepaßt.

Die Genossen von Frankenhausen i/Th.

Warnung.

Der Silberarbeiter **Emil Peters in Berlin** hat sich des Vertrauens der Genossen durchaus unwürdig erwiesen und ist deshalb nicht mehr als Parteigenosse zu betrachten. Wir warnen vor ihm in jeder Hinsicht.

Die Beauftragten.

Zur Beachtung.

Schiedsgerichtlich wurde nachfolgende Streichung aus **Schwarzen Liste** beschlossen, wonach die gegen **Karl Leiverkus** **Barmen** Seite 14 der „Schwarzen Liste“ und im „Sozialdemokr Nr. 24 1881 (als Leverkus) erlassene Anschuldigung und Warnung hinfällig ist.

Wir bitten allseits um Richtigstellung.

Die Beauftragten

Für Kaufleute oder Zeitungsverleger!

Ein durchaus tüchtiger Kaufmann (Parteigenosse), 34 Jahre alt, heirathet, früher 8 Jahre in größeren Fabrikgeschäften und seit 10 ren im Zeitungsfache thätig, **sucht Stellung.** Derselbe ist der pelten und einfachen Buchhaltung, Korrespondenz rc. vollständig mä gewandter und selbständiger Arbeiter, sowie mit al in das Zeitungswesen einschlagenden Arbeiten Administration und Expedition vollkommen ve traut. Passende Stellung bei einem Parteigenossen erwünscht.

Offerten sub S. D. Nr. 52 befördert die Expedition „Sozialdemokrat“.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen sind eingetroffen aus Dortmund, Heilbronn. — Pößneck: Abdruck der Korrespondenz Torrington unterblieb, da der Inhalt nicht veraltet, bisher ledig aus Raummangel.

der Expedition: J. H.: Mk. 100 — à Cto Ab. erh. Weit Bf. am 1/4. — Exlieutenant: Mk. 4 40 Ab. 2. Qu. erh. Speziell unthunl. Allgem. muß doch Bf. beigelegen haben? — Wahl. Zür Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — L. D. D.: Mk. 5 — pr. Ab. rc. gut Von Kommerzienrath jr. keine Silbe. — Bruno: Lt. Bf. v. 29. Adr. rc. eingetr. — Zopyron: Bstllg. u. Adr. notirt. — Pfaffenstr Adr. rc. geordn. Alles beachtet. Bstllg. folgt. — Hallunke: Mk. dir. Ab. 2. Qu. erh. nebst Beil. Weiteres lt. demnächstem Auszug. Neckarschlemmer: Mk. 40 10 à Cto gutgebr. Bstllg. folgt. — J. B Nueva Helvetia: Fr. 5 — Ab. 2. und 3. Qu. erh. An G. stets A unter bek. Adr. abgesandt, muß also dort gestohlen werden. Ersatz März eingeschrieben an ihn abg. Für Gy. „Arbst.“ pr. 2. Qu. Ih fbd. beigel. Preis Fr. 1 85. Adr. haben nicht. — E. G. Aarau: 10 15 Ab. 2. u. 3. Qu. und Schft. erh. Weiteres Redaktionssache. W. Ostraß: Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — Slav. Club O'strß.: Fr. 2 Ab. 2. Qu. erh. — C. D. Ploescu: Fr. 20 — f. Schft. erh. Bst folgt. — Pestbeul: Mk. 18 — à Cto. Ab. rc. erh. „Säbel-Mayer“ baar vorausbezahlt werden an den Absender. Weiteres notirt. — P. Brlu.: Mk. 5 20 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Bstllg. flgt. — Pater P dus: Fr. 5 56 Ab. 2. Qu. S. u. A. erh. — J. Schy. Horgen: Fr. Ab. 2. Qu. und Fr. 1 — pr. Ufd. bkd. erh. — Foy: Mk. 6 10 Ab. Qu. u. Schft. erh. — O. Pp. B.: Mk. 9 — 3 Ab. 2. Qu. erh. — K. Schaffhausen: Fr. 22 35 à Cto. erh. Bestellung notirt. — H. G. Mk. 20 — à Cto. gutgebr. Weiteres nach Vorschrift. Bf. mehr. — M. Bzw.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. Adr. G. gestr. — C. A. Z Mk. 3 Ab. 2. Qu. erh. — A. H. Drn.: Mk. 4 40 Ab. 2. Qu. erh. — A. Rn.: Mk. 1 30 f. Schft. erh. Sdg. abg. — M. P. Dg.: Mk. 3 — 2. Qu. erh. — K. Schn. Ng.: Mk. 4 40 Ab. 2. Qu. erh. — R. Fd. Fette.: Fr. 10 80 Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — Schote Sp. H.: 4 40 Ab. 2. Qu. u. 60 Pf. pr. Afds. bkd. erh. — W. Schgn.: Mk. Ab. 2. Qu. erh. — J. B. Ria: Mk. 3 Ab. 2. Qu. erh. — Donnerkiel: 8 80 Ab. 2. Qu. erh. — W. K. Aea: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. Hambacher Schloß: Mk. 31 60 Ab. 2. Qu. und Schr. erh. Adr. ein rekht. H. besorgt. — Dr. H. B. B.: Mk. 18 50 Ab. 2. Qu. u. Schft. Mk. 1 50 d. Afd. bkd. zugew. — S. S. Fbbg.: Mk. 3 — Ab. 2. Q erh. — Beelzebub: Betr. Beil. war für einen Anderen bestimmt. Einlegen versehen. 20 Pf. Porto Ihnen gutgebr. — Kyffhäuser: Mk. Ab. 2. Qu. E. W. erh. Beil. besorgt. — Rothenberg: Mk. 4 20 Ab. Qu. und Schft. erh. Bstllg. folgt. — Emil Condor: Mk. 17 25 Ab. Qu. u. Schft. erh. Adr. geordnet. — C. K. Sig.: 4 10 Ab. 2. Qu. — Durstige Seele: Mk. 6 80 Ab. H. L. u. B. pr. 2. Qu. erh. Weit pr. K. — Der alte Rothe: Mk. 18 — Ab. 2. Qu. Schft. und à erh. Alles Weiteres geordn. —

☞ (Fortsetzung der weiteren Eingänge bis 7/4. folgt in Nr.

Zürich Samstag, den 10. April, Abends 8½ Uhr, Cafe Mutter (früher „Weißes Rößli“) an der Sch ände, 1. Stock:

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Sozialistengesetzdebatte im deutschen Reichstag.

Referent: Bgr. Schlüter.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschu

Jedermann hat Zutritt.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — wohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgeg genommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen, Deutscher Verein.
Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstrasse.
Aarau E. Gennert, Vordere Vorstadt 668.
Basel Deutscher Verein, Schwanengasse 4 und Deutsche So listen, Barfüsslerplatz 2.
Bern Restaurant Schmutz, Aarburgerstrasse 52. Deutscher Verein.
Biel Poppitz, Deutscher Verein.
Chur F. Pfaam, Buchdruckerei Manatschal & Ebner.
Frauenfeld eutscher Verein.
St. Gallen J. Zach, Handlung, Brühlgasse 46.
Genf Deutscher Verein.
St. Imier Deutscher Verein.
Lausanne Allgem. Arbeiter-Verein, „Café National“, St. Laurent I. Stock.
Luzern W. Wagner, Hofstrasse 41 a.
Neuenburg Deutscher Arbeiterbildungsverein.
Schaffhausen A. Freihardt, Feinschleiferei.
Zug J. Marbach, im Allgem. Arbeiterverein.
Paris S. Niess, rue de Lourcine 32.
Kopenhagen K O. Hördum, Römersgade 22 Stuen. E. Bolz, Skjoldsgade 5. 3 Sal.
Brüssel (bei bekannten Adressen) und Zeitungshändler A Croix de fer, Grand Place.
Liège Café des quatre Nations, rue Chapelle des Clercs.
Verviers Charles Piereaux, 20 rue de Luxembourg, Andrim
Amsterdam J. A. Fortuyn, Boekhandel, Tuinstaat 54.
Antwerpen A. Neevelsteen, Keizerlei 19 II.
London H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W. Mr. Schweitzer, 38 Church Lane, Court Road. Mr. H. Schackwitz, Friseur, 10 Featherstone Str., C Mr. Taube, Edward Street, Soho. J. W. Goedbloed, Tobacconist, 29 Foley Str Cleveland Street. Communistischer Arbeiter-Bildungsverein, Totten Street, Tott. Court Road 49.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“